**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

**Herausgeber:** Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

**Band:** 89 (1995)

**Heft:** 1

**Artikel:** Amerikas Bischöfe gegen fremdenfeindliche Gesetzgebung und Abbau des Wohlfahrtssystems

**Autor:** Meuer, Gerd

**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-143877

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 13.07.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

*Gerd Meuer*

# Amerikas Bischöfe gegen fremdenfeindliche Gesetzgebung und Abbau des Wohlfahrtssystems

*Zum Ende ihrer Jahresversammlung in der Hauptstadt Washington hat die Nationalkonferenz der katholischen Bischöfe der USA in deutlichen Worten das zehn Tage zuvor von einer Mehrheit kalifornischer Wählerinnen und Wähler befürwortete Gesetz gegen illegal Immigrierte und deren Kinder, die sogenannte «Proposition 187», verurteilt. Zugleich warnte sie vor dem Abbau des amerikanischen Wohlfahrtssystem, wie es von den in den Mid-term-Wahlen siegreichen Republikanern der «Christian Coalition» geplant wird. Wir veröffentlichen einen Bericht über dieses Zeichen kirchlichen Widerstandes gegen eine unheilvolle Welle des reaktionärsten Fundamentalismus. Gerd Meuer, der Verfasser, arbeitete viele Jahre bei der Deutschen Welle als Verantwortlicher für Afrika. Er lebt heute als freier Journalist in Texas.* *Red.*

## Verurteilung des Gesetzes gegen illegal Immigrierte in Kalifornien

Die neuen *«sozialen Direktiven»* der Kirche, die sich im wesentlichen mit «lebenserhaltenden Massnahmen, der Partnerschaft der Kirche mit säkularen Institutionen sowie dem Zugang der Bürger zur Gesundheitsfürsorge» beschäftigen, wurden in einer Reihe von Arbeitsgruppen über eine Dauer von sechs Jahren erarbeitet.

Angesichts des jüngsten *politischen Rechtsrutsches* in den USA erhalten diese für die Zeit jenseits des Jahrtausends erarbeiteten Direktiven eine besondere Relevanz und Aktualität. Die zum Ende des Jahrestreffens gemachten Erklärungen der Bischöfe stellen eine deutliche Herausforderung sowohl der Politik im Bundesstaat Kalifornien als auch der neuen rechts-konservativen Republikaner auf Bundesebene dar.

Von besonderer Aktualität ist die Erklärung der Bischöfe gegen die von Kaliforniens Stimmberechtigten befürwortete *«Proposition 187»*. Diese sieht vor, dass den auf 1,8 Millionen geschätzten illegalen Immigrantinnen und Immigranten im «Sonnenstaat» jede Nicht-Notfall-Medizin, die schulische Ausbildung und die sozialen Dienste verweigert werden müssen, und zwar «ab eine Minute nach Mitternacht nach den Wahlen». Ärzte und Lehrer sind bei Androhung von Strafe verpflichtet, den Behörden illegal Immigrierte und deren Kinder zu melden.

Studien des Wahlverhaltens in Kalifornien haben erwiesen, dass dieses gegen die – als Billigst-Arbeitskräfte sehr willkommenen – Eingewanderten gerichtete Gesetz eine Mehrheit fand, weil «überwiegend weisse, protestantische Männer zu den Wahlen gingen». Die von dem in den letzten Monaten stets weiter nach rechts tendierenden Präsidenten Clinton enttäuschten, legal in Kalifornien lebenden *schwarzen Stimmberechtigten und Latino-Bürger* hingegen waren der Wahl mehrheitlich ferngeblieben.

Die unmittelbare Durchsetzung der Proposition ist inzwischen durch den Antrag eines lokalen Richters auf *Prüfung der Verfassungsmässigkeit* des Gesetzes verhindert worden, doch lokale Politiker und private Befürworter dieses Gesetzes haben bereits angedroht, dass sie keine Mühen

und Kosten scheuen werden, um das Gesetz Wirklichkeit werden zu lassen.

Deren Vorhaben dürfte in naher Zukunft noch schwieriger werden, wenn die katholische Kirche ihr in Washington angekündigtes Vorhaben wahrmacht und das Gesetz ebenfalls durch sogenannte «Freund-des-Gerichts»-Anträge zu Fall zu bringen sucht. Während eine wachsende Zahl von Latino-Organisationen inzwischen bereits zum *Boykott Kaliforniens* und kalifornischer Waren aufrufen, haben die katholischen Bischöfe die «Proposition 187» deutlich verurteilt, weil sie «eine bedrohliche Stimmung schaffe, die zur Verfolgung von Personen führen kann, die ‹undokumentiert› klingen (mit Akzent sprechen) oder (braun) aussehen». Nach Ansicht der Kirche wird statt dessen «eine rationale Diskussion über bundesstaatliche Massnahmen, die den Zugang in die USA regulieren», benötigt.

Kardinal Roger Mahoney von Los Angeles hat das kalifornische Gesetz gar «eine brutale und ineffiziente Antwort» auf das Problem der Einwanderung aus Mexiko und Zentralamerika über die Armutsgrenze in Süd-Kalifornien genannt. Und Erzbischof William Keeler von Baltimore äusserte: «Indem das Gesetz die sozialen und wirtschaftlichen Probleme des Staates auf diese Art und Weise zu lösen versucht, trifft es die verletzlichsten unter uns – Kinder, die Kranken und die Bedürftigen –, ohne die umfassenderen sozialen und politischen Ursachen der Probleme, vor allem auf der Bundesebene, anzugehen.» Damit haben die katholischen Bischöfe den Bogen zur *landesweiten Sozial- und Gesundheitspolitik* gespannt. Sie ist neben der «Gewalt» das bestimmende Thema der jüngsten Mid-term-Wahlen gewesen.

## «Politik und Moral per Autoaufkleber»

Bereits in den Monaten des «schmutzigen» Wahlkampfes – der nahezu exklusiv und millionenschwer im Fernsehen stattfand – sprachen sich die Vertreter von Amerikas 57 Millionen Katholiken gegen die «social agenda» der sich selbst so bezeichnenden «Christian Coalition» aus. Anlässlich ihrer Konferenz in Washington haben die Bischöfe jetzt erneut die Vorschläge des extrem konservativen Wortführers der christlichen Rechten Newt Gingrich aus Georgia zum *Abbau des amerikanischen Sozialsystems* scharf kritisiert.

Ähnlich wie der evangelikale Fundamentalismus ist zwar auch die katholische Hierarchie gegen jede bundesstaatliche Unterstützung der Abtreibung und für die Unterstützung privater, das heisst auch katholischer Schulen, für den Kampf gegen Gewalt, gegen den Zerfall der Familien und die ständige Verschlechterung des Schulwesens. Doch anders als die christliche Rechte sprechen sich die 300 Bischöfe deutlich gegen «Quick-fix»-Lösungen und gegen eine «Politik und Moral per Autoaufkleber» aus. Anders als die religiöse Rechte verweisen sie auch darauf, dass die «gesamte Gesellschaft von der politischen Rhetorik über Fernseh-Shows bis hin zu Video-Spielen von Gewalt geprägt» ist und dass «die *häufigste Gewalt* nicht in den Strassen, sondern *in den Familien* stattfindet».

Nach dem Wunschbild der «Christian Coalition» ist Amerika jedoch eine «Nation gesunder Familien». Aufklärung ist «out», das Ideal der *«nuclear family»* dafür «in». Vielleicht auch deshalb, weil der frühere Präsident Ronald Reagan eine kaputte Familie hatte und in den vergangenen Jahren ein «wiedergeborener» televisionärer Prediger nach dem anderen als Ehebrecher oder Bordellbesucher entlarvt wurde.

## «Der Individualismus der achtziger Jahre hat sich in der Gesellschaft festgefressen»

Im Verlauf ihrer Washingtoner Konferenz haben die Bischöfe ähnlich wie die konservativen Christen betont, dass «das Land den *Sinn für das gemeinsame Gute* verloren» habe. Ähnlich wie diese sprechen sie von der Notwendigkeit einer «moralischen Revolution». Doch anders als die Konservativen, die nur eine Neuauflage der «Reaganomics», auch «Voodo Econo-

mics Nr. 2» genannt, planen, betonen die katholischen Bischöfe, dass «sich der Individualismus der achtziger Jahre in der Gesellschaft festgefressen» habe. Gegenüber der evangelikalen «Christian Coalition», die «den Staat abbauen will» und von einem längst verschwundenen *ländlichen Amerika* träumt, verweisen die Bischöfe wiederholt auf die «Verantwortung der Regierung, den Armen zu helfen».

Im jüngsten Wahlkampf hatten die christlichen Konservativen sich vor allem auf die von Präsident Clinton vorgeschlagene und von seiner Frau Hilary betriebene *Reform des Gesundheitswesens* eingeschossen. Dabei versuchten sie, in totaler Verfälschung der deutschen Realität, das Schreckgespenst eines «sozialistisch-kommunistischen Gesundheitssystems à la Germany» an die Wand zu malen.

## «Kontrakt mit Amerika» oder «auf Kosten Amerikas»?

Die Bischöfe hingegen scheint das deutsche Beispiel weit weniger zu schrecken: Sie betonen auch nach dem rechten Erdrutsch, dass «allgemeine *Gesundheitsfürsorge ein Grundrecht* ist». Und sie warnen vor der angekündigten «Reform» des Wohlfahrtssystems, «das den Armen des Landes finanzielle Hilfe beschneiden oder verweigern würde, während gleichzeitig erwartet wird, dass die privaten Wohlfahrtsunternehmen ihre Leistungen an die Armen ausweiten.»

Genauso will es Newt Gingrich mit seinem «Contract with America», den Kritiker bereits einen «Kontrakt auf Kosten Amerikas» nennen. Nach Newt Gingrich soll sich der Staat praktisch aus dem Sozialbereich verabschieden und diese Aufgaben – wie im guten, alten Amerika – *Privaten und Communities* überlassen, obwohl es diese Communities oder Nachbarschaften im immer gleichen, tristen Vorstadt-Amerika – oder gar in den kaputten «Inner Cities» der Schwarzen und Latinos – kaum noch gibt.

Die katholische Kirche verweist in ihren Direktiven zu Recht darauf, dass sie heute bereits «eine der grössten Organisationen für *karitative Dienste*» ist. Doch sie weiss auch, dass sie völlig überfordert wäre, sollte sie nun praktisch die Dienste der Regierung übernehmen müssen.

Denn im «Land der unbegrenzten Möglichkeiten» ist in den Jahren seit 1972 nicht nur die *Mittelschicht* ständig weiter verarmt: Mr. und Mrs. X., die zumeist beide arbeiten, müssen heute zwanzig Prozent mehr Arbeitsstunden erbringen als vor zwanzig Jahren, um auch nur ihren Lebensstandard von vor zwanzig Jahren zu wahren. Gewachsen ist vor allem die Zahl der absolut Armen im reichsten Land der Welt.

## 15,7 Millionen Jugendliche in absoluter Armut

Carl Rowan, ein eher konservativer schwarzer Journalist, stimmt den katholischen Bischöfen voll zu, wenn er schreibt, dass «in den jüngsten Wahlen vor allem die armen Jugendlichen unter 18 Jahren verloren haben». Zur Zeit leben 15,7 Millionen amerikanische Jugendliche unter 18 Jahren in absoluter Armut, ein weisser Jugendlicher von fünf, zwei Latinos von fünf, und ein Schwarzer von zwei.

Wenn nun Neokonservative wie Newt Gingrich und Jesse Helms tatsächlich ihre *Wahlkampfversprechen* wahrmachten und «Voodoo 2» realisierten, dann bedeutete dies «den Ausschluss dieser hoffnungslosen Generation von jeder lebenserhaltenden, das Leben lebenswert machenden Hilfe». Betroffen wären jene 9 Millionen, die auf die «Hilfe für Familien mit abhängigen Kindern (AFDC)» angewiesen sind, sowie die 27 Millionen Kinder, die von Nahrungsmittelmarken, Milch, Sondernahrung und Medizin nach dem «Programm für Frauen, Kinder und Säuglinge» leben.

Nach Rowan wird dieser Sozialabbau einen «regelrechten *Klassenkrieg* und mehr rassische und andere Gewalt verursachen als der Ku-Klux-Klan, der ‹Rat Weisser Bürger› und Hunderte anderer Hass-Gruppen je verursacht haben».

Ein weiterer Leitartikler der New York Times hat angesichts des jüngsten Wahl-

kampfes gegen Eingewanderte und Fürsorgeabhängige von einer *«Sündenbock-Ära»* gesprochen, in der die Konservativen «die Armen zu nationalen Sündenböcken stempeln». Diese Politik sei umso durchsichtiger, als die von der «Christian Coalition» attackierten Sozialprogramme nur einen unwichtigen Anteil des Budgets benötigten. Die besonders diffamierte Hilfe für arme Familien mit Kindern macht etwas über 1 Prozent aus.

## Milliarden für Gefängnisbauten, um die Unzufriedenen einzuschliessen

Nachdem der – nur gelegentliche – Kirchgänger Ronald Reagan (dessen Frau spiritistische Sitzungen zu konsultieren pflegte) das «Reich des Bösen» draussen in der – den meisten Amerikanern unbekannten – Welt erfolgreich besiegt hatte, konnte Kleinstadt-Amerika den Endkampf gegen den einzig verbliebenen Feind, den «Feind im Innern», einläuten. Die «wiedergeborenen» Wahlkämpfer machten dieses nach dem *Ende des Kommunismus* feindlos gewordene Kleinstadt-Amerika, das angesichts der massenhaften Entlassungen durch die Grosskonzerne selbst um seine Zukunft fürchtet, glauben, dass die wirtschaftlichen Probleme des Landes vornehmlich durch das Programm der «Grossen Gesellschaft» des früheren Präsidenten Lyndon B. Johnson verursacht worden seien. Dass die Kinderarmut inzwischen eine Rekordhöhe von 22,7 Prozent erreicht hat, ist jedoch die Konsequenz von Nixons Krieg gegen den «Krieg gegen die Armut» sowie von Reagans Angebots- und Bushs «Trickledown»-Ökonomie, die nur die Reichen bereicherte, damit sie angeblich den Armen helfen könnten.

Rowan beschreibt genau das, was der ausländische Beobachter vermutlich deutlicher bemerkt als die «Einheimischen»: «Gingrich und seine Gefolgsleute scheinen wie der Teufel entschlossen, Milliarden für Gefängnisneubauten auszugeben, in welche die Unzufriedenen eingeschlossen werden sollen; eine Politik, die jedoch die reichen Amerikaner dazu zwingen würde, ihre *Besitztümer zu Gefängnispalästen* – Forts – umzubauen, welche die unehrenhaften Reichen von den verärgerten arbeitenden Armen schützen.»

Genau so empfindet es die katholische Kirche, die anders als die überwiegend weisse «Christian Coalition» eher eine *«Regenbogen-Koalition»* darstellt. Diese reicht ethnisch von den italienisch-katholischen Eingewanderten des 19. Jahrhunderts über die katholischen Irinnen und Iren im 19. und 20. Jahrhundert bis zu den Neu-Immigrierten der ersten Generation aus Mexiko, Kuba und aus den zentralamerikanischen Ländern.

Bischof James Anthony Tamayo leitet die inzwischen mehrheitlich von Spanisch sprechenden Menschen bewohnte Diözese Galveston-Houston in Texas. Er hat jüngst betont, dass die katholische Kirche die «Miterbauerin neuer Lösungen für die Erhaltung der amerikanischen Kultur» sein müsse. Und angesichts der *ethnischen Vielfalt der katholischen Kirche* kann diese nach Bischof Curtis Guillory «die Basis für eine bessere soziale Kommunikation und öffentliche Politik» bilden. Um dies zu erreichen, sollten die Pfarreien verstärkt «Workshops zur Konfliktlösung und zur Versöhnung zwischen den ethnischen Gruppen des Landes anbieten».

An Arbeit wird es nicht fehlen, denn die christliche Rechte sieht ihre *«Roll-back-Politik»* ja keinesfalls als Politik für eine oder zwei Wahlperioden, sondern als Jahrhundertaufgabe, durch welche die «Überlegenheit der christlichen, weissen Zivilisation endlich wiederhergestellt werden soll».

■